

08. 07. 87

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zur Antwort Europas auf die technologische Herausforderung der modernen Zeit (zweiter Bericht)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung am 8. Oktober 1985 zur Antwort Europas auf die technologische Herausforderung der modernen Zeit¹⁾,
- unter Hinweis auf die von der Regierungskonferenz verabschiedete Einheitliche Europäische Akte, die u. a. zum Ziel hat, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der europäischen Industrie zu stärken und den Ausbau ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern,
- unter Hinweis auf den Stand der Beratungen innerhalb des Rates über das zweite mehrjährige Rahmenprogramm im Bereich Wissenschaft und Technik sowie seine Verwirklichung durch spezifische Programme,
- unter Hinweis auf die Ergebnisse der im Rahmen von EUREKA stattgefundenen Ministertreffen,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie (Dok. A2-14/87),
 - A. in der Erwägung, daß der derzeitige Kursverfall des Dollars unweigerlich dazu führen wird, die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Erzeugnisse in den Hochtechnologiebereichen zu erhöhen,
 - B. in der Erwägung, daß Japan seine Präsenz auf dem Weltmarkt noch weiter ausbaut und die Grundlagenforschung auf allen Gebieten zusehends diversifiziert,
 - C. in der Erwägung, daß das Human Frontier Science Programme in diesem Zusammenhang von der Fähigkeit der

¹⁾ ABL Nr. C 288 vom 11. November 1985, S. 32

Japaner zeugt, ein großangelegtes Forschungsprogramm auf Weltebene durchzuführen,

1. ist der Ansicht, daß die technologische Herausforderung, der sich Europa gegenübersteht, in den letzten zwei Jahren gewachsen ist;
2. verweist erneut auf die äußerst schädlichen Folgen dieser Situation für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich;
3. bekräftigt seine Überzeugung, daß die Feststellung einer technologischen Schwäche Europas weder seine kreativen noch seine innovatorischen Fähigkeiten in Zweifel zieht, sondern vielmehr auf seine Schwierigkeiten hindeutet, international wettbewerbsfähige Erzeugnisse herzustellen und zu verkaufen;
4. ist der Ansicht, daß die in der vorwettbewerblichen Phase betriebene strategische Forschung auf Gemeinschaftsebene verstärkt werden muß, wenn der technologische Rückstand sämtlicher Mitgliedstaaten sich nicht weiter vergrößern soll;
5. ersucht den Rat erneut mit allem Nachdruck, gemäß den Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte unverzüglich das zweite mehrjährige Rahmenprogramm für Gemeinschaftsmaßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung zu verabschieden, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit sämtlicher Mitgliedstaaten zu verbessern;
6. fordert ferner, daß das Rahmenprogramm nach seiner Verabschiedung mit Hilfe spezifischer Programme unverzüglich durchgeführt wird;
7. ist der Ansicht, daß Vorrang hierbei die Programme zur Förderung der Informationstechnologien, der Telekommunikation, der Biotechnologie und der fortschrittlichen Werkstoffe haben sollten;
8. vertritt ferner die Auffassung, daß angesichts der Bedeutung des Energieproblems in Europa und des endogenen Potentials unseres Kontinents die Forschungen im Bereich der alternativen Energien, der rationellen Energienutzung und der besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen trotz schwankender Erdölpreise eine vorrangige Behandlung erfahren müssen;
9. verweist auf die Vorteile, die Europa aus der weltweiten wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ziehen kann, sofern diese Zusammenarbeit auf einer selektiven und gegenseitigen Grundlage sowie in dem Bestreben erfolgt, die spezifischen Forschungskapazitäten Europas zu erhalten;
10. ist der Auffassung, daß die Europäische Gemeinschaft die Schaffung eines Netzes von Technologiezentren und Technologieparks auf dem gesamten Gemeinschaftsgebiet begünsti-

gen und die Einrichtung von wissenschaftlichen Keimstätten unterstützen sollte;

11. stellt fest, daß die Europäische Gemeinschaft trotz dieser Empfehlungen noch immer nicht über eine Struktur für den Zugang zur Finanzierung von Innovationen verfügt, wie sie die Vereinigten Staaten und Japan besitzen;
12. möchte die Europäische Investitionsbank dazu anregen, ihre Maßnahmen zugunsten von Hochtechnologie-Vorhaben, die von Laboratorien, Forschungsinstituten oder Klein- und Mittelbetrieben durchgeführt werden, beträchtlich auszubauen;
13. fordert mit Nachdruck, daß umgehend Vorschläge verabschiedet werden im Sinne der Schaffung eines europäischen Marktes für Risikokapital und insbesondere der Gründung von Investitionsgesellschaften (Eurotech Capital) und der Einführung eines Garantiemechanismus (Eurotech Insur), wodurch die Risikokapital-Aktivitäten (Venture Consort der European Venture Capital Association), harmonisierte steuerliche Anreize usw. ausgebaut werden können;
14. hält es für unerlässlich, ein europäisches Forschungs- und Innovationsprogramm für Klein- und Mittelbetriebe aufzustellen, in dessen Rahmen ein Wettbewerb ausgeschrieben und an Forscher Stipendien vergeben werden bzw. Unternehmen bei der Einführung neuer Aktivitäten und technologisch hochentwickelter Erzeugnisse in der Art des in den Vereinigten Staaten entwickelten SBIR unterstützt werden und den auf dem Gebiet der Hochtechnologie tätigen Klein- und Mittelbetrieben, die an grenzübergreifenden Joint-ventures interessiert sind, über eine Datenbank Quellen für Informationen über Steuer-, Finanzierungs-, Rechts- und Marktfragen anzugeben;
15. nimmt die im Rahmen von EUREKA eingeleiteten Forschungs- und Technologieprogramme, über die ein besonderer Bericht ausgearbeitet werden muß, zur Kenntnis; weist darauf hin, daß es über die Entwicklung der EUREKA-Initiative nicht hinreichend informiert wurde, und bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Kommission anscheinend selbst nicht in der Lage ist, das Problem der Überschneidung der EUREKA-Vorhaben mit den spezifischen Forschungsprogrammen der Gemeinschaft zu beurteilen; stellt mit Sorge fest, daß viele der bisher angekündigten Vorhaben noch nicht verwirklicht wurden;
16. sieht sich dennoch zu der Feststellung veranlaßt, daß sich die EUREKA-Vorhaben nicht in eine Gesamtstrategie einfügen, wodurch die Rolle, die sie bei der Stärkung der technologischen Kapazität Europas hätten spielen können, abgeschwächt wird; fordert den spanischen Vorsitz von EUREKA auf, die Verantwortlichkeiten des EUREKA-Sekretariats, insbesondere hinsichtlich des Erhalts von Informationen über die Entwicklung der einzelnen Vorhaben und der Weitergabe von Information, vor allem an Klein- und Mittelbetriebe, ein-

deutiger festzulegen; dringt darauf, daß die Kommission das Parlament und seinen Fachausschuß über alle mit der Initiative zusammenhängenden Entwicklungen ausführlich und regelmäßig unterrichtet;

17. fordert, daß EUREKA ausschließlich auf eine Zusammenarbeit bei zivilen Aktionen im Bereich der Hochtechnologie ausgerichtet wird;
18. bekräftigt seinen Standpunkt, wonach eine Politik der Durchführung europäischer Großprojekte, die gemeinschaftlichen Zielen dienen, eine Katalysatorwirkung haben und die F+E-Strukturen stärken müßte;
19. vertritt die Auffassung, daß Europa in vielerlei Hinsicht unter einem Informationsdefizit über seine wirkliche technologische Situation leidet und sich weder seiner Schwächen noch seiner Stärken bewußt ist;
20. ersucht die Kommission, jährlich einen Bericht über den Stand der europäischen Technologie vorzulegen;
21. weist die Regierungen der Mitgliedstaaten auf den wenig attraktiven Status der europäischen Forscher und Wissenschaftler hin, was deren Abwanderung nur beschleunigen und somit langfristig unsere Forschungsstrukturen gefährden kann;
22. ersucht die Kommission, im Rahmen der Überprüfung des STIMULATION-Programms Vorschläge zur Verbesserung des Status der Forscher zu unterbreiten und insbesondere die Beziehungen zwischen Universität und Industrie, die häufig überhaupt nicht oder nur formal bestehen, zu fördern;
23. betont, daß der Wert unserer Antwort auf die technologische Herausforderung weitgehend abhängt von Umfang und Qualität unserer Strukturen im Bereich des technischen Unterrichts und der technischen Ausbildung, die gemessen am Bedarf des künftigen Zusammenlebens noch immer unzureichend sind;
24. bekräftigt seine Überzeugung, daß die europäische Antwort auf die technologische Herausforderung den Bedürfnissen und Möglichkeiten der weniger entwickelten Länder der Gemeinschaft besondere Beachtung schenken und dem in der Einheitlichen Akte verankerten Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts Rechnung tragen muß;
25. schlägt vor, unsere technologische Situation vor den nächsten Europawahlen im Jahre 1989 erneut zu untersuchen, um diese wichtige Frage zu einem Wahlkampfthema zu machen;
26. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.